



Antrag

der Fraktionen der CDU und FDP

zu den Tagesordnungspunkten 1 a, 19 und 22 der 31. Tagung

Zur Situation der schleswig-holsteinischen Schiffbauindustrie

Drucksachen 15/2429 und 15/2434

:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

gemeinsam mit den norddeutschen Ländern

- die EU-Kommission aufzufordern, gegen die nach wie vor bestehenden Wettbewerbsverzerrungen im Handelsschiffbau, insbesondere durch Süd-Korea, mit einer gesamteuropäischen Strategie energisch vorzugehen,
- sich für die uneingeschränkte Zulässigkeit von Landesbürgschaften für Schiffbau und Schifffahrt einzusetzen,
- sich bei der Bundesregierung für die Fortführung und angemessene Bundesbeteiligung an der Wettbewerbshilfe für Schiffbauvorhaben deutscher Werften einzusetzen,

sowie in eigener landespolitischer Verantwortung

- die Arbeitsplätze in der Schleswig-Holsteinischen Schiffbauindustrie durch die volle Ausschöpfung der zulässigen Wettbewerbshilfe und durch entsprechende Landesbürgschaften zu stärken und
- sich für flexible Tariflösungen einzusetzen, die es Unternehmen erlauben, einen weiteren Arbeitsplatzabbau zu vermeiden.

Martin Kayenburg

Uwe Eichelberg

Rainer Wiegard

Thomas Stritzl

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock

Uwe Greve

Wolfgang Kubicki

Dr. Heiner Garg

und Fraktionen